

Beschlagnahme eines Smartphones: Verhältnismäßigkeit

Die Angemessenheit der Beschlagnahme eines Smartphones, insbesondere die Verhältnismäßigkeit der andauernden Beschlagnahme, in einem Verfahren wegen Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes begegnet unter Berücksichtigung einer zumindest umstrittenen fachrechtlichen Auslegung des § 201 Abs. 1 Nr. 1 StGB, eines nicht erkennbar besonders hohen staatlichen Interesses an der konkreten Maßnahme und eines durchaus hohen Interesses des Betroffenen an einer Herausgabe des für die persönliche Lebensführung wichtigen Smartphones und einem Unterlassen der Auswertung bei bestehender Kooperationsbereitschaft hinsichtlich der Herausgabe der PIN durch den Betroffenen verfassungsrechtlichen Bedenken.

BVerfG, Beschl. v. 9.7.2025 – 1 BvR 975/25

Eigene Ermittlungen: Ausständigung beschlagnahmter Gegenstände

Die Verteidigung hat keinen Anspruch auf Ausständigung eines amtlich verwahren Beweistücks, um unter dessen Nutzung mit dem Angeklagten unbeaufsichtigt eigene Ermittlungen durchzuführen.

BGH, Beschl. v. 24.6.2025 – 3 StR 136/25

Pflichtverteidiger: Bestellung für das gesamte Verfahren

Ist eine Verteidigung i.S.d. § 140 Abs. 1 StPO notwendig, gilt dies grundsätzlich im gesamten Verfahren und nicht ggf. nur für eine richterliche Vernehmung. Dies gilt vor allem, wenn beabsichtigt ist, die Aussage einer Hauptbelastungszeugin vernehmungsersetzend in die Hauptverhandlung einzuführen, und von der Verteidigung Einwände gegen die erfolgte Anordnung nach § 223 Abs. 1 StPO unter Hinweis auf ein mögliches Beweisverwertungsverbot erhoben werden und überdies ein Widerspruch hinsichtlich der Verletzung der Vernehmungsniederschrift im Raum steht.

LG Siegen, Beschl. v. 12.8.2025 – 10 Qs 74/25

Schwierige Sachlage: Sachverständigengutachten

Zwar ist nicht grundsätzlich dann, wenn ein Sachverständigengutachten zum Gegenstand der Beweisaufnahme wird, eine schwierige Sachlage gegeben. Etwas anders gilt aber für die Fälle, in denen ein Sachverständigengutachten das entscheidende Beweismittel gegen den Beschuldigten ist, wenn es also z.B. für den Nachweis der Täterschaft des Angeschuldigten auf das Ergebnis eines DNA-Gutachtens voraussichtlich ankommen wird.

LG Dessau-Roßlau, Beschl. v. 21.8.2025 – 6 Qs 104/25

Beweisantrag: Einholung eines Sachverständigengutachtens

Die Benennung einer konkreten medizinischen Diagnose enthält eine schlagwortartige Tatsachenbehauptung, die über bloße Schlussfolgerungen hinausgeht und die Anforderungen an den Inhalt eines Beweisantrages erfüllt.

BGH, Beschl. v. 22.7.2025 – 3 StR 99/25

Abtrennung von Verfahren: Beschwerden

Bei im Laufe einer Hauptverhandlung getroffenen Abtrennungsentscheidungen des erkennenden Gerichts handelt es sich um Entscheidungen, die der Urteilsfällung vorausgehen und die damit gemäß § 305 S. 1 StPO grundsätzlich nicht der Beschwer-

Verfassungsrecht

Ermittlungsverfahren

Hauptverhandlung